

Sozialer Wohnbau muss für breite Bevölkerungsschichten erhalten bleiben

Utl.: Gemeinnützige: ÖVI-Aktionsplan gefährdet die Neubauleistung sowie die soziale Durchmischung im Wohnbau und führt zu höheren Mieten. =

Wien (OTS) - "Hier bricht man mit einigen wesentlichen Eckpunkten, die den bisher so erfolgreichen österreichischen Weg im sozialen und geförderten Wohnbau mit ausgemacht haben", streicht Mag. Karl Wurm, Obmann des Dachverbandes der Gemeinnützigen, zum heute vom Österreichischen Verband der Immobilienwirtschaft vorgelegten Nationalen Aktionsplan zum Thema "Wohnen" hervor. Dies betrifft vor allem die ÖVI-Forderung nach einer einkommensabhängigen Abgabe im sozialen Wohnbau, der Konzentration des sozialen Wohnbaus auf untere Einkommensschichten und der Aufhebung bestehender Mietenregulierungen im nicht geförderten Segment.

Unser bisheriges Förderungssystem habe sich - auch international immer wieder anerkannt - dadurch ausgezeichnet, dass geförderte Wohnungen auch Bevölkerungsschichten bis weit in den Mittelstand hinein zur Verfügung stehen. Auf diese Weise habe der Wohnbau auch zu einer starken sozialen Durchmischung in den Quartieren geführt. "Wenn sich nun der soziale Wohnbau nur mehr auf die Einkommensschwachen konzentrieren soll, schaffen wir damit gerade jene Gebiete der Segregation, die ganz sicher nicht im Interesse einer gesamtgesellschaftlich wünschenswerten Entwicklung liegen", betont Wurm. Der geförderte Wohnbau habe mit seiner Balance aus für weite Bevölkerungsschichten leistbaren Mieten, wobei im Bedarfsfall durch individuelle Wohnbeihilfe Einkommensschwachen das Wohnen in diesen Bauten erschwinglich gemacht wird, weit bessere Erfolge erzielt, als durch eine zusätzliche Abgabe bemessen an der persönlichen Einkommensentwicklung. Dieses Modell einer Fehlbelegungsabgabe hat sich in Deutschland überhaupt nicht bewährt und mit den ständigen Einkommensüberprüfungen auch einen exorbitanten Verwaltungsaufwand nach sich gezogen.

Mit dem Ausschluss mittlerer Einkommensschichten vom geförderten Wohnbau würde die Neubauleistung insgesamt zurückgehen, gibt der GBV-Obmann zu bedenken. Denn der freifinanzierte Wohnbau mit Mieten um 11 bis 12 Euro pro Quadratmeter - in Wien noch um 2 Euro mehr - wäre auch für Besserverdienende nicht erschwinglich, ihre Einkommen

würde mit 50% und darüber belastet. Die Folge wäre ein starker Druck auf den Altbausektor mit der Konsequenz auch dort steigender Mieten. Aber nicht nur die Wohnungssuchenden hätten unter dieser Entwicklung zu leiden, auch die Bauwirtschaft und andere Sparten wären mit nachteiligen Folgen konfrontiert.

Anstelle dieses Negativszenarios plädiert Wurm für die Ankurbelung des geförderten Wohnbaus, da vor allem in den Ballungsräumen der Mangel an leistbaren Mietwohnungen speziell für Junge, die am Anfang ihrer Karriere nur über sehr beschränkte Mittel verfügen, das brennendste Problem darstellt.

~

Rückfragehinweis:

Mag. Karl Wurm
GEWOG / Neue Heimat
01/ 401 09 10 12

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/813/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0199 2015-01-22/15:00

221500 Jän 15

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150122_OTS0199